

Herborner Tageblatt.

Herborner Anzeiger.

Amtsblatt der Stadt Herborn.

Herborner Zeitung.

Erscheint an jedem Werktag.

Abonnementspreis: Monatlich 3.10 Mk. ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag:

J. M. Beck'sche Buch- und Kunstdruckerei, Herborn.

Inserate: Die mm-Zeile 25 Pfg.

Postfachkonto: Frankfurt/M. No. 17610.

Nr. 294.

Herborn, Mittwoch, den 15. Dezember 1920.

77. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

14. Dezember.

1. Sitzung.)
Nach der heutigen Sitzung war sehr schwach besucht. Aus den kleinen Anfragen, dessen Erledigung den Anfang der Sitzung bildete, ist die Anfrage des Abg. Mümm (Deutschl.) hervorzuheben, die auf den Kleingeldmangel hinweist. Ein Regierungsvertreter erwiderte darauf, daß dauernd Kleingeld ausbezahlt wird. In den letzten zwei Jahren sind mehr als eine Milliarde Stück Kleingeld verausgabt worden, so daß auf den Kopf der Bevölkerung 17 Stück entfallen. Schuld an dem Mangel ist die Zurückhaltung von Seiten des Publikums. Man wird des Kleingeldmangels nicht mehr Herr werden, wenn die Geldbarmherzigkeit nicht aufhört.

Darauf kam die Interpellation über das Handwerk, den Kleinhandel und das sonstige Kleingewerbe an die Reihe. Diese Interpellation wird in der vorgeschriebenen Frist beantwortet werden. Abschluß ging man zu der Fortsetzung der Besprechung über den

Haushalt des Reichsernährungsministeriums

Der Abg. Hepp (Deutsche Vp.) betonte unter anderem: von der linken Seite sind heftige und gehässige Angriffe gegen die Landwirtschaft gerichtet worden, und man hat der Deutschen Volkspartei vorgeworfen, daß die Landwirte in ihren Reiben von den Vertretern der Großindustrie nicht aufkommen. Das ist durchaus unrichtig. Der Wille der Landwirtschaft zur Steigerung der Produktion ist vorhanden. Eine große Schwierigkeit bietet die Düngemittelfrage. Eine Verabreichung der Lebensmittelpreise erscheint nicht angebracht, wohl aber eine Senkung der Düngemittelpreise. Die Einfuhr genügender Düngemittel muß sofort in Angriff genommen werden.

Abg. Heiseberg (Deutschl.) machte geltend, auch wir wollen Steigerung der Produktion für erforderlich. Die Erzeuger sitzen ganz anderswo, als bei den Landwirten, z. B. unter den landwirtschaftlichen Arbeitern. Die kapitalistische Wirtschaft ist durchaus kein Feindnis der Produktion.

Abg. Frau Wurm (L. Soz. rechts) erörterte verschiedene Fragen der Ernährung und ging dabei besonders auf die schlechte Milchversorgung der Großstädte ein. Die Proletariatskassen in Berlin seien nicht imstande, sich die ihnen zugewiesene Milch zu kaufen; sie wären genötigt, die Milch zu verkaufen. Die Rednerin richtete starke Angriffe gegen die Landwirtschaft.

Abg. Dr. Böhme (Demokrat) bemängelte in scharfer Weise die Ausführung des Ernährungsgesetzes. Diesen Ausführungen trat der Abg. Braun (Soz.) in seiner Eigenschaft als preußischer Landwirtschaftsminister entgegen.

Abg. Ears (Kommunist) richtete eine Reihe heftiger Angriffe gegen die Rechte.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Böhme-Demokrat des preussischen Landwirtschaftsministers Abg. Braun (Soz.) über das Ernährungsgesetz sprach noch Abg. Borck (Deutschl.) als Vertreter des heussischen Bauernbundes.

Damit schloß die allgemeine Aussprache und es begann die Spezialdebatte.

Wieder eine Entwaffnungsnote.

General Rollet gegen die Einwohnerwehren.

Auf die deutsche Note betreffend die Selbstschutzorganisationen ist jetzt eine ablehnende Antwort der Entente-Kommission in Berlin, gezeichnet von General Rollet, eingegangen. Es heißt darin u. a.:

„Die deutsche Reichsregierung erklärt, daß diese Organisationen, da sie weder einen militärischen Charakter noch irgendwelche Beziehungen zur Reichswehr haben und ausschließlich dem Zweck der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung dienen, durch keine Bestimmung des Friedensvertrages verboten sind. Indessen beweisen die Nachrichten, welche die Interalliierte Militär-Kontroll-Kommission über diese Organisationen besitzt, daß sie in Wirklichkeit einer militärischen Organisation haben und daß sie in enger Verbindung mit den regulären militärischen Befehlshabern stehen. Es genügt beispielsweise, auf den Wortlaut der „Satzungen“ des Landesverbandes der

Einwohnerwehren Bayerns“

hinzuweisen, die von dem Landeshauptmann Eberich unterzeichnet und durch den Landesauschuß am 10. März 1920 bestätigt worden sind; darin wird die Landesleitung mit der Verbindung mit dem Wehrkreis-Kommando beauftragt und die Kreisbeauftragten sichern danach die Verbindung mit den Reichswehrbrigaden. Ebenso gehört es in Disposition der Aufgabe zweier Generalstabsoffiziere der 1. Infanterie-Division, die Verbindung mit den Selbstschutzorganisationen aufrecht zu erhalten und die Bedürfnisse dieser Organe in administrativer Hinsicht zu erfüllen. In Wirklichkeit also stellen die Selbstschutzorganisationen (und hierunter versteht der Interalliierte Veresüberwachungsausschuß: Grenzwehren, Grenzschutz, Stadtwachen, Einwohnerwehren, Ortschaften und andere ähnliche Vereine) Formationen dar, die geeignet sind, die Mobilisation zu erleichtern. Sie fallen also unter die Bestimmungen des Artikels 178 des Friedensvertrages und müssen aufgelöst werden.

Die Aufrechterhaltung nach Durchführung ihrer Entwaffnung wäre übrigens auch durch rein innere Gründe nicht zu rechtfertigen. Denn sie würden, ihrer Waffen beraubt, nicht mehr in der Lage sein, wirksam an der Aufrechterhaltung der Ordnung teilzunehmen. Die deutsche Regierung verlangt im übrigen eine Ausnahmebestimmung für die Selbstschutzorganisationen Bayerns und Dispreußens. Es muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß andere Staaten des Deutschen Reiches, deren Sicherheit ihrer Ansicht nach ebensowenig gefährdet ist, die gleiche Ausnahmebestimmung beantragen könnten.

Was Dispreußen anbetrifft,

so glaubt sich die Interalliierte Militär-Kontroll-Kommission auf die Erfahrungen des letzten Sommers verlassen zu können. Sie erinnert nur daran, daß die Deutsche Regierung damals nicht auf die regulären Truppen aus dem Innern des Reiches zurückgegriffen hat, und daß nach der eigenen Ansicht des Oberpräsidenten der Provinz eine Ver-

stärkung von ungefähr 3000 Mann genügend war, um die Sicherheit aufrechtzuerhalten.

Unter diesen Umständen ist eine Sonderbehandlung weder für Bayern noch für Dispreußen erforderlich, deren Selbstschutzorganisationen wie die der anderen Teile Deutschlands aufgelöst und entwaffnet werden müssen.

Indem die Interalliierte Militär-Kontroll-Kommission nochmals den Grundgedanken der sofortigen Auflösung und Entwaffnung in Anwendung des Friedensvertrages und des Spa-Protokolls betont, besteht sie noch einmal darauf, daß die Deutsche Regierung ihr unverzüglich die zu treffenden Maßnahmen mitteilt.

Cupen - Malmedy.

Nachmaliger Appell an den Völkerbund.

Die an den Generalsekretär des Völkerbundes Drummond gerichtete deutsche Note, in der die Ungültigkeitserklärung der Volksbefragung über Cupen und Malmedy gefordert wird, erklärt, daß der Rat des Völkerbundes keinerlei von Voraussetzungen ausgegangen ist, die auf unrichtiger Information beruhen und den Tatsachen nicht entsprechen. Die deutsche Regierung könne deshalb den Beschluß des Völkerbundes in Sachen Cupen-Malmedy nicht anerkennen.

Gestützt auf die Erklärung des Völkerbundes, daß seine Entscheidung anders lauten müsse, wenn durch genaue und übereinstimmende Beweise dargelegt werden könne, daß das Ergebnis der Volksbefragung durch Einschüchterung und Druckmittel, durch Unbilligkeit und Verletzung mit Repressalien bestimmt worden sei, welche die freie Willensäußerung der Bevölkerung verhindert hätten, führt die deutsche Regierung in den der Note beigefügten Anlagen den unwiderleglichen Nachweis für das dem Rat des Völkerbundes nicht bekannt gewesene Verhalten allgemeiner Vergeltungsmaßnahmen gegen Personen, die von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten.

Gestützt auf diese Beweise erwartet die deutsche Regierung, daß die rechts- und verfassungswidrige Volksbefragung, wie sie von den beteiligten Behörden gehandhabt wurde, für ungültig erklärt und der Bevölkerung die Möglichkeit einer wahrhaft freien unbefangenen Willensäußerung gegeben wird. Die deutsche Regierung faßt daran die Bitte, daß bei Prüfung der Angelegenheit auch ihr Geheiß zur Unterstützung der Angelegenheit gegeben wird und daß der Völkerbund eine Kommission in die Kreise entsende, um sich aus eigener Überzeugung ein Bild über die wahre Stimmung der Bevölkerung zu verschaffen.

Wie aus Genf gemeldet wird, legte der Generalsekretär des Völkerbundes dem Kongress die Note der deutschen Regierung vor. Es wurde aber nur die Übersetzung der Note selbst, dagegen nicht die Anlagen mit den Beweismitteln vorgelegt. Es wurde lediglich bekannt gegeben, daß die Anlagen in der Bibliothek des Sekretariats eingelehen werden könnten, ebenso wie der Bericht der belgischen Regierung vom 17. November, in dem die Bemerkungen der deutschen Regierung über die Volksbefragung widerlegt worden seien. In dem Begleitreiben zu der Note bemerkt der Generalsekretär, daß der Beschluß des Rates über die Zuweisung der beiden Kreise an Belgien endgültig sei.

Serbisch-holländischer Konflikt.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Wie aus dem Haag gemeldet wird, ist zwischen der niederländischen und der serbischen Regierung wegen einer Mißhandlung des niederländischen Konsuls in Belgrad eine Meinungsverschiedenheit entstanden. Die niederländische Regierung betrachtet die von der serbischen Regierung in der Angelegenheit eingenommene Haltung als mit der für die Aufrechterhaltung guter internationalen Beziehungen üblichen Art im Widerspruch stehend. Sie hat daher an ihren Gesandten in Belgrad Auftrag gegeben, Serbien zu verlassen, und dem serbischen Geschäftsträger im Haag mitgeteilt, daß auf keine weitere Anwesenheit im Haag kein Wert gelegt wird.

Dr. Helfferich contra „Neue Zeit“.

100 Mark Geldstrafe für Redakteur Joel.

§ Berlin, 14. Dezember.

In dem Prozeß, den der ehemalige Botschafter Dr. Helfferich gegen den Redakteur Anselm Joel von der Charlottenburger Zeitung „Neue Zeit“ wegen Verleumdung angestrengt hatte, folgte auf die Vernehmung des ehemaligen Staatssekretärs von Kühlmann die Aussage des ehemaligen Reichskanzlers Michaelis, der über das angebliche englische Friedensangebot vom September 1917 im wesentlichen dasselbe ausführte wie Kühlmann. Die Frage, ob es auch heute noch seine Ansicht wäre, daß in England 1917 eine gewisse Friedensbereitschaft vorhanden gewesen sei, beantwortete er mit ja. Ferner gab er an, daß in einer Kronratsitzung, die am 11. September 1917 im Schloß Bellevue stattfand, der Kaiser gesagt habe: „Welche Herren, sehen Sie zu, was Sie tun können. Sorgen Sie dafür, daß wir zu Weihnachten Frieden haben. Sie haben völlig freie Hand.“ Auf Verlangen des Verteidigers gab dann Michaelis zu, daß er kurz darauf an Hindenburg einen Brief geschrieben habe, in dem er forderte, daß Belgien wirtschaftlich und militärisch fest in unserer Hand bleibe.

Der Zeuge Dr. Oskar Egan, der Mitglied des Untersuchungs-ausschusses des Reichstages war, betonte, daß er von Englands Friedensbereitschaft im Sommer 1917 gehört habe. Ihm sei bekannt geworden, daß dem Sekretär der deutschen Botschaft in der Schweiz eine Liste mit den englischen Friedensbedingungen überreicht worden war.

Auf Verlangen des Vorzuges erklärte v. Kühlmann, daß ihm hiervon nichts bekannt sei. Darauf wurde die Beweisnahme geschlossen.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten auf Grund des § 185 wegen formaler Verleumdung zu 100 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte erklärte, daß er gegen dieses Urteil Berufung einlege.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• **Verwaltungsgebühren der Kommunen.** Da die Neuordnung des Kommunalabgabengesetzes erst später vorgenommen werden kann, hat die Staatsregierung der Preussischen Landesversammlung eine Novelle vorgelegt, die die Kommunen ermächtigt, Verwaltungsgebühren für Wohnungsämter, Mietseinschreibungsämter, Schulungsstellen, Kassenverwaltungsstellen zu erheben, um der Finanznot der Gemeinden entgegenzukommen. Bisher durften Gebühren nicht erhoben werden.

• **Um das Volksbegehren in München.** Wie es heißt, beabsichtigt der Bürgererrat München mit Bezug auf das Volksbegehren, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß die nach dem Gesetz erforderliche Mehrheit der in den Abstimmungslisten eingetragenen Wahlberechtigten für die Annahme der Neuwahlen des Stadtrats ausgesprochen habe. Die Regierung von Oberbayern dürfte sich diesem Standpunkt anschließen, außerdem wäre noch die Möglichkeit der Beschwerde bei dem Verwaltungsgerichtshof gegeben.

• **Die Preussische Landesversammlung** stimmt in zweiter und dritter Beratung dem Gesetzentwurf über die Übertragung richterlicher Geschäfte in Grundbuchsachen auf die Gerichtsschreiber und die Völkher der Katasterämter zu. Angenommen wird sodann in erster, zweiter und dritter Beratung der Entwurf zur Ergänzung des Staatshaushaltsgesetzes für 1920. Eine Reihe von Verordnungen des Justizministers über Änderung von Gerichtsbezirken anlässlich der Ausführung des Friedensvertrages werden zur Kenntnis genommen.

Polen.

• **Die Regierung in Warschau.** Eine Rundschau der polnischen Regierung bezieht: Der polnische Staatshaushalt steht vor ungeheuren Ausgaben infolge der Besetzung der polnischen Provinzen und der Pflichten gegen die demobilisierten Soldaten. Polen braucht dazu politische, militärische und wirtschaftliche Hilfe. Diese kann es nur finden, wenn es in die Führung seiner inneren Angelegenheiten den Geist des Vertrauens hineinbringt. Der polnische Staat ist nicht mehr im Kriegszustand, aber auch nicht im Frieden. Die Regierung gleich einem Booten, der ein Schiff einem Hafen zuleuert. Es ist klar, daß er diesen nur unter Mitwirkung aller erreichen kann.

Amerika.

• **Die verdächtigen Japaner.** Das Staatsdepartement hat den amerikanischen Botschafter in Tokio beauftragt, von der japanischen Regierung Erklärungen wegen der Konzentration japanischer Truppen auf der Insel Formosa zu verlangen. In Washington befürchtet man ernstlich, daß diese Truppenanhebungen auf Formosa einer Bedrohung der amerikanischen Philippinen gelten.

Rußland.

• **Furcht der Sowjets vor einem Umsturz.** Die Sowjetregierung in Moskau erklärt, daß sie über sogenannte terroristische Angriffe gegen bolschewistische Regierungsmitglieder sehr beunruhigt sei. Die Bewegung wird hauptsächlich in den Kreisen der Sozialrevolutionäre ihre Stütze finden. Die Sowjetregierung erklärt weiter, daß verschiedene weiße Organisationen entdeckt worden sind, die in Spezial-Kampanien Terroristen für den Kampf an Sowjetvertretern vorbereiten. Die Sowjetregierung erklärt, daß die Weissen, die sich in ihrer Gewalt befinden, unerbittlich gerichtet würden, wenn ein einziger terroristischer Akt gegen Sowjetvertreter vorkommt.

Vom Tage.

Admiral Brüninghaus über die Schlacht vom Skagerrak.

München. Konteradmiral Brüninghaus, der in der Schlacht vom Skagerrak das an der Spitze des Kampfgeschwaders fahrende Linien-Schiff König kommandierte, berichtet in der Augsburgischen Abendzeitung: Die schweren Verluste der Engländer waren nach meiner Ansicht mit dadurch verursacht, daß unsere Panzerkreuzergrößen eine unendlich viel größere Wirkung ausübten als die englischen Geschosse. Die deutsche Flotte sammelte auf dem Kampfplatz 177 Gefangene, die Engländer keine. Allein diese Tatsache sagt für jeden, der sehen will, genug. Nachdem bei Eintritt der Dunkelheit der Kampf aufgehört hatte und die feindliche Flotte außer Sicht gekommen war, waren wir alle der Ueberzeugung, daß beim Verfeuern der Entscheidungsschlacht sich abspielen würde. Außer Hühner war kein schweres Schiff manövriert oder anwendungsfähig geworden. Während der Nacht, in der dauernd Torpedoboots- und sonstige Angriffe mit großen Erfolgen für uns abgewehrt wurden, nahm der Feind noch eine Verengung der Geschwader vor, um für den bevorstehenden Kampf die vollständig intakten Linien-Schiffe vorn zu haben. Der englische Befehlshaber brauchte, wenn er den Kampf noch einmal aufnehmen wollte, nur die bekannte Regel zu befolgen: Man geht dem Karrenschauer nach, und das um so mehr, als er über die Überlegen-

Schwindigkeit verfügte. Jedoch als die Sonne des 1. Juli aufging war weit und breit kein englisches Schiff mehr zu sehen. Wir wissen heute, daß dem englischen Oberbefehlshaber das Schicksal zugestanden war, was einem Führer überhaupt zustehen kann: er hatte die allgemeine Führung seiner Streitkräfte verloren. Die unter Aufsicht der englischen Streitkräfte in minderbewaffneten Gruppen verstreut in der Nordsee umherkamen, daß Admiral Jellicoe absichtlich die Zerschmetterung herbeigeführt haben sollte, wenn ihm an der Wiedererlangung des Kampfes gelegen war, liegt kein Anlaß vor. Dies hieße seine Fähigkeiten zu gering einschätzen. Wir wollen uns daran erinnern, wie, nachdem man in England zunächst zwei Tage lang vor Bestürzung über den Ausgang der Schlacht überhaupt keine Nachricht ausgab, dann angefangen wurde, unter Leitung des vielgenannten Churchill die englische Niederlage in einen Sieg umzugestalten. Die Seeschlacht vom Skagerrak wird stets ein Ruhmesblatt in der kurzen, tragischen Geschichte der deutschen Flotte bleiben. Sie war materiell und moralisch ein Sieg Deutschlands über England.

„Reparationsgeld.“

Paris. In „Quotidien“ wird der Plan eines Boron Erlanger, von dem schon die Zeitschrift „Renouveau“ gesprochen hat, aufeinandergeführt. Er will, daß ein Reparationsgeld geschaffen werde im Betrage der Summe, die Deutschland jährlich zu zahlen habe. Dieses Geld soll internationalen Kurs haben, und damit sollen die Entente-Länder das Recht haben, in Deutschland Materialien für den Wiederaufbau zu kaufen. Für 25 Jahre berechnet er die auszuhebende Summe auf 125 Milliarden. Der andere Teil der Schuld, also nochmals 125 Milliarden, sollte dann in Deutschland platziert werden, und es sollte Deutschland die Gelegenheit gegeben werden, wie es Amerika getan habe, diese Schuld auszulassen.

Der Streik um die deutschen Kabel.

Paris. „Quotidien“ berichtet aus Washington, daß eine Einigung über die Verteilung der Kabel nicht erzielt wurde. Die Konferenz konnte sich auch über den Zeitpunkt und den Ort der nächsten Zusammenkunft nicht einigen.

Italien für König Konstantin.

Rom. Die italienische Regierung wurde benachrichtigt, daß König Konstantin von dem Schiffschiff „Georgios Averof“ von Venedig abgeholt wird. Die italienische Flotte ist angewiesen worden, Konstantin die einem regierenden Monarchen zuwinkenden Ehrenbezeugungen zu erweisen, womit die Anerkennung des Königs durch die italienische Regierung formell erfolgt.

Hoover und die Entschädigungsfrage.

New York. Hoover trat bei seiner Rede mit dem neuernannten Präsidenten Harding dafür ein, daß die Vereinigten Staaten nach gewissen Abänderungen des Statuts Mitglieder des Völkerbundes werden sollten. Ferner sprach Hoover die Überzeugung aus, es werde unmittelbar sein, normale Zustände in Europa zu schaffen, bevor nicht der Vertrag der von Deutschland zu zahlenden Entschädigung festgesetzt sei. Diese müsse so bemessen werden, daß die Deutschen instande und bereit sein würden, sie zu bezahlen.

Verschiedene Meldungen.

Berlin. Die Wollfabrikale der Reichsgewerbestelle ist durch Verfehlungen vier Angestellter um hohe Beträge geschädigt worden.

Wien. Wie ein polnisches Blatt mitteilt, wird in kurzem in Polen das Porto für einen Brief ins Ausland 10 Mark betragen.

London. Dieser Tage wurden erfolgreiche Versuche mit drahtloser Telephonie zwischen London und Genf unternommen.

Rom. „Observatore Romano“ meldet die Einberufung eines geheimen Konklaves zum 18. Dezember.

Rom. „Tribuna“ demontiert das Gerücht, monach Glinski beabsichtige, zurückzutreten oder eine Änderung im Kabinett vorzunehmen.

Demokratischer Parteitag.

Rürnberg, 14. Dezember.

Auf dem Parteitag sprach ferner Reichstagsabgeordneter Böhm über die Bedeutung des Siedlungswekens für die deutsche Wirtschaft, wobei er erklärte, die Aufgabe des Siedlungswekens sei, den überwiegenden Großgrundbesitz für Siedlungen nutzbar zu machen. Nach einer längeren Ausrede, in deren Mittelpunkt Mathenau's Sozialisierungs-vorschläge standen, sprach Minister Deser. Er erklärte, daß man mit der heutigen Wirtschaft nicht einmal mehr zwei bis drei Jahre durchhalten könne. Es sei vielleicht richtig, aus Mathenau's glänzender Theorie einfache praktische Richtlinien herauszufunktionieren. Nicht die Politik, sondern die Wirtschaft werde die nächsten Jahre beherrschen.

Eine Rohstofffrage

gebe durch die Welt. Der Europa reiten wolle, müsse den Berliner Vertrag beilegen. Er ist, sagte der Minister, aus dem Geiste des Kasses, der kleinen Nachsicht und des Unverstandes erwachsen. Er birgt nicht einen Funken staatsmännlichen Geistes in sich, und niemand war an ihm beteiligt, der einen Weltgedanken gehabt hätte. Bei seiner Beilegung handelt es sich nicht um eine deutsche Frage, sondern um eine Weltfrage, und durch den Berliner Vertrag ist nicht einer der großen Gedanken Willens verwirklicht worden. Entweder der Vertrag fällt, oder ein großer Teil der Menschheit Europas verhungert. Minister a. D. Goebel macht den Vorschlag, die Produktion der Landwirtschaft dadurch lohnend zu machen, daß man für jeden Zentner Brotgetreide und Getreide, den sie über ihre Mäht hinaus abliefern, zwei Zentner Reis gibt. Nachdem noch die Abg. Frau Dr. Baumer, Erlens und Minister Gamm gesprochen hatten, wurde ein Antrag auf Anerkennung der Tätigkeit der Hausfrau als Berufstätigkeit, sowie ein Antrag, den drohenden Zusammenbruch des städtischen Grundbesitzes durch Reichsmaßnahmen zu verhindern, angenommen. Zum Vorsitzenden des Parteiaususses wurde Senator Dr. Veterien, zu seinen Stellvertretern Staatspräsident Dieder (Stuttgart), Frau Dr. Gertrud Baumer und Professor Gerland (Jena) gewählt. Hieran wurden die Verhandlungen vertagt.

Preußentag des Zentrums.

Berlin, 14. Dezember.

Während des gestrigen Vormittags fand eine geschlossene Sitzung statt, die sich mit Organisationsfragen der Zentrumspartei befaßte. In der öffentlichen Sitzung sprach Abgeordneter Reichsminister Kamp-Minister über das Thema „Jugendzentrum und wir“. Er stellte eine Reihe von Vorschlägen für die Heranbildung der Jugend im einzelnen auf. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde eine stärkere Verankerung der Frauen zur Parteiorganisation verlangt. Von der Errichtung katholischer Theologischer Fakultäten an den Universitäten verlor man sich großen Eufors auf die Studentenschaft. Zum Schluß wurden mehrere Entschlüsse angenommen, in denen den durch den Nachschub der Entente von unserem Volkskörper losgerissenen Stammesbrüdern unwandelbare Gesinnungspostre verleiht und mit aufrichtiger Dank-

barkeit der großen Opfer, die die Bevölkerung in den besetzten Gebieten übernehmen mußte, gedacht wird. Angesichts der nahenden Winterrückkehr in Oberösterreich spricht der Parteitag die freudige Zusage aus, daß es den Anstrengungen der Bevölkerung dieses so heiß umkämpften Gebietes gelingen wird, die Zugehörigkeit zum Volksgegenden sicherzustellen. Allen Parteifreunden im Lande macht es der Parteitag zur Pflicht, die Verdienste für Oberösterreich nach Kräften zu unterstützen.

Die Erschießungen bei Mechterstadt.

Die Marburger Studenten vor den Geschworenen. 5. Kassel, 14. Dezember.

In dem Prozeß gegen die Marburger Studenten begann nach der Vernehmung der Angeklagten, die sich sämtlich für nicht schuldig erklären und auf die gefangenen Sportatleten nur geschossen haben wollen, weil Judasversuche gemacht worden seien, die Beweisaufnahme.

Der frühere Rektor der Marburger Universität, Geheimrat Prof. Bujak, der als erster Zeuge vernommen wurde, schilderte die Bildung des Zeiteinwilligenkorps und bezeichnete die Gerichte, daß die Studenten sich nur hätten anwerben lassen, um auf die Arbeiter schlagen zu können, als völlig grundlos.

Fragenkapitän von Selchow, der Führer des Studentenkorps Marburg, erklärte, daß er von den eigentlichen Verhältnissen nichts wisse, da er vorn an der Spitze der Gejangentransportkolonne geritten sei.

Sehr belästigt wurden die Angeklagten durch den Professor der Theologie Hermelint-Marburg, der zur Zeit der Kappunruhen Führer einer Volkstompagnie war. Ihm sagte ein Student, daß der jetzige Angeklagte Referendar Gödel beim Gehen des Gejangentransportes ausgerufen habe: „Viele Leute werden nicht bis zur nächsten Ecke mitkommen!“ und ein anderer Student habe hinzugefügt: „Die Anatomie braucht Leichen.“ Es sei auch die Ausrufung getan worden, erschossene Gefangene müßten mit dem Gewehr in der Hand aufgefunden werden. Zeuge v. Selchow bestritt entschieden, diese Ausrufung, die ihm in den Mund geblasen wurde, getan zu haben.

Bei Beginn der Verhandlung hatte zur allgemeinen Aberrückung der Verteidiger Rechtsanwalt Buegebrunn aus orrernen Gründen den Antrag auf Einstellung des Verfahrens gestellt. Der Antrag wurde jedoch vom Gericht abgelehnt.

Welt- und Volkswirtschaft.

* Die Kohlennot unserer Industrie. Der Bayerische Industriellenverband hielt in München seine 19. Sammelversammlung ab. Der Staatsrat im bayerischen Handelsministerium v. Meinel eröffnete sehr trübe Aussichten in die Zukunft der Kohlenversorgung für die Industrie. Wenn die Franzosen nicht in der Spartenfrage entgegenkommen, in der Kohlennot allgemein und in einer Fortdauer des Zwanges von Spa. würden wir zu Grunde gehen, weil wir ohne genügende Kohlen dem Auslande überhaupt nichts anderes von Wert liefern können. Oberingenieur Warg, Mitarbeiter des Handelsministeriums, machte die Angabe, daß wir ohne den Bedarf der Eisenbahnen nur 46 % der Friedenslieferung für unsere Industrie und für den Hausbrand erhalten. Durch Ausbau aller Wasserkräfte ließe sich nur der fehlende Teil des Kohlenverbrauchs einsparen. Was schreie geradezu nach einer erheblichen Milderung des Abkommens von Spa.

* Die Reichseinnahmen im Oktober. Die Einnahmen aus direkten Steuern, Verkehrssteuern, Böllen und Verbrauchsteuern betrugen im Oktober 1920 3 210 912 768 (i. V. 698 320 273) Mark, darunter 1 311 000 000 (i. V. 0) Mark an Ausfuhrabgaben der allgemeinen Finanzverwaltung. Seit 1. April 1920 gingen bis Ende Oktober aus dem erwähnten Titel 13 963 701 085 (i. V. 4 069 369 318) Mark ein. Aus Post- und Telegraphenverwaltung wurden im Oktober 509 495 823 (i. V. 230 845 381) Mark und im Zeitraum April—Oktober 2 237 437 950 (945 752 978) Mark. Die Einnahmen der Reichseisenbahnverwaltung belaufen sich im Oktober auf 1 400 313 000 (617 782 000) Mark und im Zeitraum April—Oktober auf 9 258 531 000 (3 202 166 000) Mark.

* Essig aus Spiritus — Spiritus aus Essig. Im Reichswirtschaftsrat wies Abg. Dr. Dautberg auf ein besonders trübes Beispiel sinnloser Wirtschaft hin. Durch die Monopolverwaltung erhalte die chemische Industrie nicht die Mengen Spiritus, die sie gebrauche, um ihren Exportbedarf zu decken. Es werden aber 18 Millionen Liter Spiritus von der Monopolverwaltung freigegeben, um aus ihnen Essig-Essig zu fabrizieren. Auf der anderen Seite werde von der Industrie Essigsäure auf synthetischem Wege hergestellt, und es sei weiter gelungen, jetzt aus dieser Essigsäure synthetischen Spiritus zu erzeugen. Es bestehe also der Zustand, daß die landwirtschaftliche Industrie aus Spiritus Essig herstellt und die chemische Industrie aus Essig Spiritus.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 15. Dezember.

* In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung waren 13 Stadtverordnete anwesend; der Magistrat durch die Magistratschöffen Augstein und Otto Schramm vertreten.

Zur Verhandlung standen 4 Gegenstände.

1. Erhöhung der Fäkalienabfuhrgebühren. Diese Magistratsvorlage hat die Versammlung bereits beschließt, sie wurde zurückgegeben, weil sie noch nicht genügend geklärt war. Stadtv. Stahl referiert ausführlich über die Erhaltungskosten des städtischen Fuhrwerks und hält es für unmöglich, daß auch ein Privatunternehmer die Fäkalienabfuhr billiger ausführen kann. Die Gebühren sollen in zwei Fällen von 15 auf 25 M. und von 16 auf 26 M. erhöht werden. Nach längerer Debatte wird ein Antrag des Stadtv. Post, die Gebühren von 15 auf 20 Mark zu erhöhen angenommen.

2. Uebernahme der Kosten für Uniformstücke der Polizeibeamten. Es handelt sich um die Bewilligung von 1263,65 M. um welche Polizeiwachmeister Schmidt und Nachschubmann Peter nachgesucht haben. Die Versammlung bewilligt diese Summe.

3. Feststellung des Einkommens der an der Mittelschule auftragsweise beschäftigten Lehrpersonen. Eine Formfrage, bei welcher es sich um eine Nichtfeststellung der im Etat eingelegten Summe für 2 Lehrkräfte handelt und von der Versammlung anstandslos akzeptiert wird.

4. Kinderhilfe. — Grenzpende. Je 300 M.

werden von der Magistratsvorlage für diele-Zwecke verlangt und von der Versammlung bewilligt.

Der Herr Stadtverordneter-Vorsteher teilt der Versammlung mit, daß am Mittwoch, den 29. Dezember, nachmittags 2 Uhr im Kurhaus in Dillenburg eine Zusammenkunft der Stadtverordneten und Magistratsmitglieder der Städte Dillenburg, Herborn und Haiger stattfindet in welcher mehrere Referenten über Steuerfragen und andere kommunale Fragen sprechen werden.

Magistratschöffe Otto Schramm teilt der Versammlung mit, daß der Magistrat wegen der Kartoffeln und anderen Nöten für Herborn die Einrichtung einer Kinderhilfe beabsichtigt. 180 Kinder sollen bei solchen die sich ihrer annehmen wollen, gespeist werden. Der Schramm bittet die Versammlung um Unterstützung des Werkes.

Schluß der Sitzung um 9¼ Uhr, es folgt noch eine geheime Sitzung in welcher die Steuerordnung beraten wird.

* (Kinderhilfe.) Man schreibt uns: Ueberall wird jetzt durch eine Sammlung der großen Kinder und dem Kinderelend gesteuert. Wir alle wissen, daß das Elend tatsächlich groß ist und daß unbedingt etwas geschehen muß um dem abzuwehren. Jedenfalls wird es helfen und wirksamsten geholfen, wenn reich und an der richtigen Stelle geholfen wird. Die Unterernährung ist die Wurzel des Übels und hier muß Hand angelegt werden. Aus dieser Erkenntnis heraus hat der Magistrat beschlossen eine Speisung der bedürftigen Kinder in die Wege zu leiten. Es ist so gedacht, daß besser gestellte Familien, die ein Herz für die armen Kinder haben, zu bereit erklären einem Kind Mittagessen zu geben. In diese Weise hofft der Magistrat der Not am schnellsten und wirksamsten zu wehren. In den nächsten Tagen werden Magistratsmitglieder eine Umfrage halten und wird sich jetzt gebeten recht viel und weitgehende Zusagen zu machen. Es wäre für alle Beteiligten jedenfalls die größte Freude wenn das Vorhaben so schnell als möglich verwirklicht werden kann und recht viele bedürftige Kinder herbeiführt werden können. Der Magistrat hofft bestimmt, daß sein Appell nicht ungehört bleiben wird, sondern daß sich recht viele Gutsgeister finden, die dieses Vorhaben mit Freuden unterstützen; je mehr Zusagen desto mehr bedürftige Kinder können herbeiführt werden und der Not ist am schnellsten abgeholfen. Der Magistrat hofft recht vielen Eltern und Kindern damit eine kleine Weihnachtsfreude bereiten zu können.

Dies, 14. Dez. Der Kreistag wählte mit 12 Stimmen drei acht Stimmhaltungen Bürgermeister Schramm zum Landrat. Sobald das Staatsministerium die Beschlüsse, wird also der seit langem verweilte Landrat unseres Kreises wieder besetzt sein.

Reichdorf. Während der Schöffer Heuräufers seiner Frau auf einer Festlichkeit war, erschienen zu Männer mit geschwänzten Gesichtern in seiner Wohnung nur die beiden Kinder mit der Großmutter allein. Die Kerle sperrten die Kinder und die Frau im Zimmer, durchdrachten die Wohnung und nahmen 20 Mark in bar und für 4000 M. Kleidungsstücke. Bemerkenswert ist, daß die Räuber wußten, daß der Käufer das viele Geld zu Hause aufbewahrt, und es auf die Sparkasse zu bringen.

Weidenau. Die von den Schäferbesitzern in Kreise Ode, Wena und Wehede eingelagerte Viehlohe vorjähriger Ernte ist zum Preise von 10 M. 2 Zentner verkauft worden.

Marburg. In der Wiesenstadt stürzte ein junger Schornsteinfeger vom Dach. Da er unterwegs mehrmals hingab, wurde der Sturz derart gemildert, daß er mit geringfügigen Verletzungen davon kam.

Bebra. In einem Nachbarnort war einem Einwohn die Tapetenborte zu teuer und er verwendete statt dessen die fünf Feinheitsborte der Stadt Schwere. Das selbige auch sehr gut machen und kostet nur 1,25 M. Meter.

Overellmar. Ein Einbrecher, der in einer Kasse einen Koffer eingeschoben war, wurde durch Selbstschüsse getötet. Seine Persönlichkeit konnte nicht festgestellt werden.

Frankfurt a. M., 14. Dez. (Zur Beamtenschaft.) Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung von Eisenbahnern des Bezirks Frankfurt a. M. nahm eine Entschliessung an, in der der Ortsvorstand des deutschen Eisenbahnverbandes aufgefordert wird, mit aller Energie für eine sofortige Aufbesserung des Einkommens der Eisenbahner bis zur Höhe des Existenzminimums einzutreten und den Kampf rücksichtslos mit allen Mitteln, selbst mit dem Streik, zu führen. Die Versammlung teilnehmer verpflichteten sich, in den Streik zu treten, auch wenn die Regierung ein Streikverbot erläßt. Die Eisenbahner wollen auf Streikunterstützung verzichten. Die Versammlung protestierte ferner gegen die vom Reichsverkehrsminister Eröner in Aussicht gestellte Entlassung von 100 000 Eisenbahnern. — (Boten gegen das Radverbot.) Der Verein der Frankfurter Rassehandwerker erhebt gegen das beabsichtigte Reichstudenradverbot seinen Einspruch, weil dadurch die Nahrungsmittelverhältnisse sich noch weiterhin verschlechtern und Tausende von Arbeitslosen mit ihren Familien brotlos gemacht würden. In einer Entschliessung heißt es: Reichstudenradverbot bedeutet Verschlechterung der Ernährung der arbeitenden Bevölkerung und Verschärfung der bestmöglichen Lage. — Nach Mitteilungen der „Volksstimme“ sind in der Provinz Hessen-Kassau 17 Ortsgruppen der U. S. V. zur alten sozialdemokratischen Partei zurückgegangen. Die Reichssozialistische Organisation der Provinz umfaßt heute 39 000 Mitglieder. — (Das alte Lied.) Im Bahnhof verlor die 19-jährige Anna Dahmer aus Herborn auf einen abfahrenden Zug zu springen und wurde dabei unter die Räder. Das Mädchen wurde so schwer verletzt, daß es kurz nach der Einlieferung in das Krankenhaus verstarb. — Ein heiterer Vorfall spielte sich in einem hiesigen Theater. Ein Herr blieb mit seinem Knecht im Kopfhaare einer stehenden Dame hängen und trug zum Gaudium der Umstehenden den gesamten

Weihnachtsbitte!

Die hergliche Bitte sprechen wir aus, für Weihnachten unserer Kinderschule gedenken zu wollen, damit wir den Kleinen eine Freude machen können. Die Gaben werden mit herzlichem Dank angenommen von Fräulein Dahlen in der Kinderschule, den Kirchenvorstehern und dem Unterzeichneten.

Herborn, den 1. Dezember 1920.

Der Vorstand der Kinderschule:
Professor D. Haußen.

Zeit ist Geld.

Darum bricht sich die Verwendung der Zeit und Kraft sparenden Stenographie in allen schreibenden Berufen immer mehr Bahn.
Am 3. Januar beginnt nun ein

Stenographie-Kursus

nach System Stolz-Schrey und Gabelsberger, je nach Wunsch. Für Systemkennner anschließend ein Kursus in Debattenschrift. Höchstleistung 400 Silben. Auch in allen anderen kaufmännischen Fächern wird Unterricht erteilt und zwar kostenlos. Anmeldungen werden jetzt schon Kornmarkt 20 in Herborn entgegen genommen.

Der Vorstand
des Stenographenvereins „Debattenschrift“,
Herborn.

3990

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Freitag, den 17. d. Mts., abends
8 Uhr, in der Aula der Hohen Schule:

Erster Heimstättentag in Herborn,

wozu die Mitglieder der unterzeichneten Gewerkschaften mit ihren Frauen herzlichst eingeladen werden

Tagesordnung:

4003

1. Bericht über den „Heimstättentag in Berlin“. Referent: Herr Arnold.
2. Vortrag: „Gewerkschaft, Heimstätte, Bodenreform oder Bolschewismus.“ Referent: Herr Ricklas, Geschäftsführer des Heimstättenamtes für Hessen-Rassau, Baden, Hessen pp.
3. Freie Aussprache.

Ortskartell des Deutschen Beamtenbundes.
Kartell der freien Gewerkschaften.
Ortsgruppe des Verbandes der Angestellten.
Ortsgruppe des Werkmeisterverbandes.

Zu Weihnachten für Schüler und Wandervögel
Rollfilm-Kamera 909
6x6 6x9 6,5x11
91.— 118.— 148.—
Photohaus H. Schmeck, Siegen.

3882

Mehrere tüchtige Schleifer

für Herdtelle gesucht.

4107

Eisenwerk Herborn.

Apfelwein

neuen (mild)
vorzüglich zu Bowlen,
sowie alle sonstigen
mit gutem Zucker
vergohrene

Obstweine

empfiehlt 4004

Heinrich Schäfer,
Obstweinkellerei,
Herborn, Mühlgasse.

Linoleum-

Stückware
Teppiche, Läufer
Wachstuche

H. Hochstätter
Siegen

Spezialhaus für Tapeten
Teppiche und Linoleum
Brandplatz Nr. 1

Empfehle 4061

Cognac Weinbrand
Cognac Verschnitt
Franzbranntwein
Wachholder-
branntwein
Zwetschenwasser
Cherry Brandy Likör
Ei-Likör
Eier-Cognac
Dauborner u. andere
Spirituosen
sowie Wein.

Reinhard Wissenbach,
Herborn, Sandweg 12.

1 Manschette
mit goldenem Knopf
gefunden.

Näheres in der Geschäfts-
stelle ds. Bl. 4106

Bettmöbelen

Befreiung fol. Alter und Geschlecht
angeb. Kuchl. umf. Sanitäts-Fürh.
L. D. Gießhaustr. 22. 2728

ferenz sind bestimmt worden Staatssekretär Bergmann, Reichsbankpräsident Haverstein und als Vertreter der Gewerkschaften Direktor Silbermann. Reichsbankpräsident Haverstein ist an Stelle des Reichstagsabgeordneten v. Siemens getreten, welcher es abgelehnt hat, in die Delegation einzutreten.

Berlin, 15. Dez. (AU) Die Unabhängigen zur auswärtigen Politik. Die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokraten hat dem Reichstage eine Interpellation über die auswärtige Politik der Reichsregierung eingebracht. An dieser Interpellation wird auf dem Mangel an Tätigkeit der auswärtigen Politik und auf zahllose Mißgriffe bei Behandlung wichtiger Fragen hingewiesen. So wird beanstandet die Note an die Entente wegen der Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen, welche nach Meinung der Fraktion geeignet sei, die Entente-Regierung stark zu verstimmen, wenige Tage vor Zusammentritt der Brüsseler Konferenz. Die Unabhängigen fordern mit Rücksicht darauf die sofortige Entsendung des auswärtigen Ausschusses.

Braunschweig, 15. Dez. Präsidentenwahl im braunschweigischen Landtag. Der braunschweigische Landtag wählte in seiner gestrigen Sitzung an Stelle des zurückgetretenen Landtagspräsidenten Wesemeier (U. S. P. D.) den Abg. Verlagsbuchhändler Wessel-Wolffensbittel (D. P.) mit großer Mehrheit zum Landtagspräsidenten. — Drei Abgeordnete der U. S. P. sind aus der Partei ausgetreten und haben sich zu einer neokommunistischen Gruppe zusammengeschlossen.

Paris, 15. Dez. Eine deutsche Denkschrift über Deutschlands Finanzlage. Das „Echo de Paris“ berichtet, die deutsche Regierung habe gestern der französischen Regierung eine Denkschrift über die ungünstige Finanzlage Deutschlands überreichen lassen. Die Tatsache schiene gleich anderen Belangen darauf hinzuweisen, daß Deutschlands Delegation in Brüssel voraussichtlich keine konkreten Vorschläge unterbreiten werde. Die Verbündeten werden in diesem Falle gezwungen sein, ihre Haltung zu ändern, wenn auf der Brüsseler Konferenz positive Arbeit geleistet werden solle. Es werde Sache der Franzosen sein, fest umrissene Vorschläge zu machen, welche eine Lösung der Gutmachung für Frankreich herbeiführen könnten.

Paris, 15. Dez. Rücktrittsabsichten König Konstantins? Das „Echo de Paris“ meldet, daß eine Königin Konstantin nachstehende Persönlichkeit versichert habe, der König wolle sein Land nicht in eine schwierige Lage bringen. Er habe die Absicht, so bald er auf den Thron zurückkehren könne, abzudanken. Dieser Entschluß soll auf Anraten Königs zurückzuführen sein. Der König halte daran fest, den Alliierten zu zeigen, daß er aus eigenem Willen auf den Thron verzichte.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Otto Bed.

Anzeigen.

Genossenschaftsregister.

Eingetragen wurde die Bezugs-Genossenschaft der Kolonialwarenhandl. für Herborn und Umgebung „Diskauf“ Herborn. Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, mit dem Sitz in Herborn.

Statut vom 1. Dezember 1920.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Genossenschaft bezweckt:

- a) Kommissions-, Speditions- und Lagerhausgeschäfte mit Lebens- und Futtermitteln und anderen Waren, wie sie Kolonialwarenhandl. verkaufen.
- b) Verbittigenden Großverkauf von Waren im Auftrage und für Rechnung des einzelnen Genossen und Großhandel mit den gemeinsam eingekauften Waren, wenn es die Interessen der Genossen bedingen.
- c) Die Wahrnehmung der Interessen des Berufsstandes der Kolonialwarenhandl., gemeinsame Preisfestsetzungen und gegenseitige Unterstützung in wirtschaftlichen und in berufsständischen Angelegenheiten aller Art.
- d) Die Förderung des Mittelstandes und durch praktische Mitarbeit die Stärkung von mittelständischen, auf genossenschaftlicher Grundlage arbeitenden Betrieben.
- e) Die Zusammenarbeit mit anderen Bezugs-Genossenschaften in einem Verbands des westdeutschen Lebensmittelhandels.

Die Haftsumme beträgt 300 Mk. für den Geschäftsanteil, die höchste Zahl der von einem Genossen zu erwerbenden Geschäftsanteile beträgt zehn.

Bekanntmachungen erfolgen, von zwei Vorstandsmitgliedern unterzeichnet, im Herborner Tageblatt.

Die Willensklärungen des Vorstandes müssen von mindestens 2 Vorstandsmitgliedern unter der Firma erfolgen.

Den Vorstand bilden:

Kaufmann Paul Quast, Herborn.

Kaufmann Theodor Pfeifer, Herborn.

Kaufmann Karl Nährten, Herborn.

Die Einsicht der Liste der Genossen ist während der Dienststunden des Gerichts jedem gestattet.

Herborn, den 10. Dezember 1920.

4103

Amtsgericht.

Von Herrn Overbeck und seinen Schülern für die Kinderschule

Mk. 350.—

erhalten zu haben bescheinigt mit herzlichem Dank

Herborn, den 14. Dez. 1920.

4098

D. Haußen.

Weihnachtsbitte

der Erziehungs- u. Pflege-Anstalt Scheuern
bei Nassau a. d. Lahn.

Weihnachten, das Geburtsfest des Heilandes, in dem Gott der Menschheit die allgerühmte Freude bereitet hat, kommt wieder heran, und da wollen wir es, trotz des Druckes der Zeit um Gaben der Liebe zu bitten, damit wir auch in diesem Jahre jedem unserer Kranken eine Freude bereiten können.

Wir bitten unsere Freunde in Stadt und Land herzlich um ihre Hilfe, um Gaben in Geld, Spielsachen, Gewaren, Bekleidungsstücke usw. Wir haben für alles, was die Liebe uns schenkt, Verwendung und sind für jede, auch die kleinste Gabe herzlich dankbar. Es ergeht besonders Quittung.

Vorgaben adressierte man am besten an die Kassenvorwaltung der Anstalt (Postfachkonto: Frankfurt a. M. 4000; Bankkonto: Landesbankstelle Nassau-Lahn Nr. 259).

Der Anstaltsvorstand:

Martin, Pfarrer,

Vorsitzender.

Die Anstaltsdirektion:

J. B.

Lodt, Lehrer.

Sport.

Der in Leipzig tagende Hauptausch der Deutschen Turnerschaft nahm Stellung zu den Kassen der Sportverbände und erklärte diese für unzulässig. Der Verbleib in einem Sportverband soll nach den sportlichen Abteilungen oder Einzelmittgliedern nicht verwehrt werden, dagegen nimmt die Deutsche Turnerschaft als ihr Recht in Anspruch, eigene Wettkämpfe zwischen Meisterschaften zum Austrag zu bringen. Dabei wird als wünschenswert anerkannt, daß auf jedem Sportgebiet nur eine deutsche Meisterschaft ausgetragen wird. Diese sollen gemeinsam mit der Deutschen Turnerschaft und den Kreisverbänden durchgeführt werden.

Letzte Nachrichten.

München, 15. Dez. Die Stellungnahme der Reichsregierung zur Entlassung der Einwohnerwehren. Nachdem der Wortlaut der Note General Kollers im Wortlaut eingetroffen ist, trat der bayerische Ministerrat noch gestern abend zu einer Sitzung zusammen, um die Konsequenzen schlußig zu werden, die die bayerische Regierung aus der Ablehnung der Einwohnerwehren zu ziehen hat. Der Ministerrat war sich einst über den Ernst der Lage, eine plötzliche Auflösung und Entlassung der Einwohnerwehren mit sich bringe, nicht aber der Ansicht zu, daß eine militärische Entscheidung über die bayerische Frage nicht militärischen, sondern innerpolitischen Fragen der internationalen Militärkontrollkommission den Weg zu diplomatischen Verhandlungen offen lasse. Die bayerische Regierung wird demgemäß die Reichsregierung um Fortsetzung der Verhandlungen ersuchen, wofür die Regelung der Entlassung der Einwohnerwehren schon in der Note General Kollers eine Basis bieten würde.

Berlin, 15. Dez. (AU) Wirtschaftliche Annäherung mit Südschlesien. Eine deutsche Regierungskommission ist unter Führung des Ministerialdirektors im Auswärtigen nach Breslau abgefahren, um Verhandlungen über die Wirtschaftlichen Beziehungen zu führen.

Berlin, 15. Dez. Die deutschen Delegierten in Brüssel. Zu offiziellen Delegierten bei der Brüsseler Kon-

ferenz der Dame am Vornel fort. Diese verschwand frühlichen Lachen mit einem Kaffeebecher, den wunderbaren Haarschopf in der Hand. Die Zuschauer krümmten sich aber noch lange vor Lachen. — (Häute- und Funktion.) Die freigegebene Einfuhr mit ihren sehr niedrigen Angeboten hat einen weiteren und oft ganz beträchtlichen Preisrückgang zur Folge, sei es auf der anderen Seite auch eine auffallende Besserung der Käufer. Die Gebote fielen beim Zuschlag immer so niedrig aus, daß ein großer Teil der angebotenen Ware zurückgezogen wurde. Zur Auktion standen 300 Großviehhäute, 3377 Kaffeehüte, 4890 Hammelhäute und etwa 100 Koshäute. Der Durchschnittspreis für Großviehhäute war 12,50—13 Mk. gegenüber 15—17 Mk. bei der letzten Auktion. Kaffeehüte brachten es durchschnittlich auf 20—45 Mk. gegen 20—25 Mk. bei der letzten Auktion. Hammelhäute bis 219 cm., die bei der letzten Auktion 410 Mk. erzielt wurden, wurden bei 200 Mk. zugeschlagen, und Koshäute bis 219 cm. sanken von 418 Mk. gegen die vorige Auktion auf 232 Mk. Hammelhäute sind bei 6—8 Mk. durchschnittlich 2 Mk. gegen die letzte Auktion gesunken.

Rainz, 14. Dez. Der Eingriff des Landgerichts Provinz Rheinhausen in das Koalitions- und Streikverbot der kaufmännischen Angestellten ist von der gesamten Angestelltenchaft Rainz ohne Aufforderung der Organisation für Samstag nachmittags vier Uhr mit einem allgemeinen Generalstreik beantwortet worden. Am Sonntag waren mit Ausnahme von den Lebensmittelgeschäften sämtliche Geschäfte wegen Angestelltenstreiks geschlossen.

Rüsselsheim, 14. Dez. In der Angelegenheit der Befreiung der Oberwerke ist bisher keine Klärung eingetreten. Am Mittwoch sollen bei der Regierung in Darmstadt Besprechungen aller Beteiligten stattfinden. Treis a. d. L. Heute wollte hier eine Kommission von zehn Herren einsch. dreier Polizeipersonen, um bei den hiesigen Einwohnern nach der letzten Winterprüfung zu suchen. Ihre Bemühungen waren aber vergeblich, einmal die teuren Diäten kamen dabei heraus. So sollte die Regierung doch auch wissen, daß die kleinen Beamten auf den Dörfern nicht im Geld schwimmen, ihren hohen Einnahmen doch auch ungeheure Ausgaben für nötige Anschaffungen gegenüberstehen. (Sieh Anz.)

Eisenach, 14. Dez. Durch kaltes Tauwetter, dahinschmelzenden starken Frost, Schneefall und Ostwind sind in den letzten Tagen fast alle oberirdischen Telephon- und Telegraphenleitungen Westfalings großen Schaden gelitten. Die Verbindungen der einzelnen Städte unter sich sind gestört, ebenso sind die Leitungen nach Berlin und dem Süden unterbrochen. Die Übertragungen der großen Elektrizitätswerke sind unter der Kessellast teilweise zusammengebrochen. Besonders arg ist die Verunstaltung im Vorhauer Bezirk. In Eisenach durch Schneeebruch die Abgabe des elektrischen Lichts. Kraftstromes fast gefährdet. Die elektrische Bahn in ihren Betrieb eingestellt. Aus den Waldbezirken wird über Schneeebruch gemeldet. Die Zeitungen können nicht pünktlich erscheinen, das Stadttheater kann nicht spielen, die Stadt ist ohne Licht.

Berlin, 15. Dez. Ein Augenzeuge berichtet über einen Vorfall, der sich während Dr. Liebers, des deutschamerikanischen Botschafters, Anwesenheit in Berlin in einem Restaurant in der Kurfürstendammstrasse zugetragen: Gaben da junge Leute, einen französischen Sekt. Eine arme Frau, im Geiste die blauen Spuren des Elends, näherte sich dem Tische der Dandys, hat schüchtern um einen Beleg. Schrock und unter Hohngeächter wurde die Frau abgewiesen. Der zufällig anwesende Dr. Lieber beobachtet den Vorgang. Mit dem Freimut des amerikanischen Bürgers richtete er vor allen Gästen das Wort an die jungen Leute, denen er vorhielt, wie sie sich ihr würdevolles Verhalten das deutsche Ansehen schaden ließe. — ungeachtet der Volksnot, — französischen tranken und die Armut mit rohem Gelächter überhört. Seine Worte fanden bei den übrigen Gästen des Restaurants stürmische Zustimmung. Eine für die arme Frau sofort eingeleitete Sammlung ergab 1400 Mark.

Für den Weihnachts-Einkauf

offeriere ich meine reichhaltige Auswahl in

Kleiderstoffen, Wolle, Seide und Waschstoffen
Blusenstoffen, Seide, Halbseide, Wolle, Baumwolle
Kostümstoffen, Tuche, Gabardine und Kammgarne
schöne Farbensortimente

zu fabelhaft billigen Preisen

Anzug-, Paletot- und Hosenstoffe
schwarz, blau, marengo und gemustert, **prima 75.00**
reine Wolle, 148 cm breit, per Meter von Mk.

J. Pfeffer, Giessen

Marktplatz.

4077

Für Weihnachten:

Damen-Kleiderstoffe

Reinwollene Cheviots,
Wollene u. baumwoll. Schotten
Einfarbige Wollstoffe
für Konfirmanden,

Kleiderflamosen,

Blusenstoffe
in Wolle, Baumwolle und
Halbseide.

Streifen- u. Karo-Muster
Blusenflanelle

Schürzenstoffe, Rockvelour,
Unterröcke, Untertaillen,
Korsetts, Umschlagtücher,
Seidene Schals.

Damen- u. Kinder-Strümpfe — **Herren-Socken** — **Handschuhe für Herren**,
Damen und Kinder — **Taschentücher** — **Wollgarne** in verschiedenen
Qualitäten in schwarz, grau u. leberfarbig.

Herren-Leibwäsche

Hemden mit u. ohne Einsatz,
Unterhosen, Unterjacken

Kragen

in verschiedenen Formen und
Stoffarten

Borhemden,

Manchetten,

Krawatten,

Binder,

Sportstrümpfe,

Sofenträger.

Gebrüder Heun, Herborn,

Hauptstraße 14

4072

Hauptstraße 14.

Tüchtiges Mädchen

oder einfache Stütze sofort
oder 1. Januar in kleinen
Haushalt gesucht. 4102
Lohn pr. Monat 110 Mk.

Apotheker Gerdes.
Oberliefendach b. Limb. 2.

Suche zum 1. Jan. ein
Mädchen, 4109

welches eine Kuh melken
kann, bei guter Behandlung
und Familienanschluss.

Frau Carl Theis,
Haiger, Bahnhofstraße 7.

Bringen Sie Ihre alt.
**Herren- u. Damen-
Hüte.**

Wir machen Ihnen
dieselben wie neu.

Siegener
Hut-Druckerei
nur 200 Stk. 41.
Siegen. 3141

Deutsche Volkspartei.

Öffentl. Versammlungen

Es sprechen:

Mittwoch, den 15. Dezember 1920:

Dr. Mahler, Hersfeld, abends 8 Uhr in Eibelshausen

Jench, Wiesbaden, abends 8 Uhr in Rennerod

Welkow, Kassel, abends 8 Uhr in Fronhausen

Kreuzberg, Frankfurt, abends 8 Uhr in Wissenbach

Döring, Hersfeld, abends 8 Uhr in Straßenebersbach

Reidhecker, Haiger, abends 8 Uhr in Oberroßbach.

4101

Thema:

„Die Deutsche Volkspartei in der Regierung und
die politische Lage“.

Jedermann ist freundlichst eingeladen.

Freie Aussprache.

J. M. BECK'SCHE BUCH-
U. KUNSTDRUCKEREI
OTTO BECK / HERBORN

PERNSPRECH-ANSCHL. Nr. 20
GEGRÜNDET 1842



ALLE PRIVAT-
U. GESCHÄFTS-
DRUCKSACHEN
WERDEN IN SAUBERSTER
AUSFÜHRUNG SCHNELL U.
BILLIGST HERGESTELLT

Großer Weihnachtsverkauf in Zigarren, Zigaretten und Tabake.

Als passende Weihnachtsgeschenke
für jeden Raucher empfehle ich:

la. Java-Tabak in 1/2 u. 1 Pfd. Packungen
genau wie früher lose in bekannt
guten Qualitäten.

Zigarren in großer Auswahl und jeder Preislage
von 50 Pfg. an. Zigarren-Präsentkistchen zu 25 Stk.

Zigaretten nur bekannte Marken.

Spitzen, Etnis, Tabaksdosen u. Ventel.

Echte Brunere-Pfeifen von Mk. 11.— an.

Schwarzen Krauser Pfd. Mk. 32.—.

Fritz Urien, Herborn, Hauptstr. 105.

Zu Weihnachten

empfehle:

Für Raucher:

Pfeifen

in nur prima Ware,

Mutzen,

echt Bruner, von

Mk. 12.— an,

Tabak

in allen Preislagen,

Zigarren,

gut abgelagert,

von 50 Pfg. an,

Zigaretten

in nur bek. Marken,

Zigarren-

u. Zigarettenspitzen,

Tabaksbeutel etc.

Harmonikas, Pistolen, Zündblättchen,

Knallkorke, Federkasten, Wunderkerzen,

Taschenlampen, Batterien. 4003

Schliesskörbe, Waschkörbe.

Spazierstöcke

für Herren und

Knaben,

Regenschirme

f. Damen u. Herren

von 80.— Mk. an,

Zigarren-Etnis,

Brieftaschen,

Geldscheintaschen,

Portemonnaies

in nur prima Leder.

Cigaretten-Etnis.

Harmonikas, Pistolen, Zündblättchen,

Knallkorke, Federkasten, Wunderkerzen,

Taschenlampen, Batterien. 4003

Schliesskörbe, Waschkörbe.

Adolf Nies, Herborn,

Hauptstrasse 22.

Calcium-Carbid, Carbidlampen

empfiehlt

39

Karl Gaerthe, Wetzlar.

August Kilbinger, Giessen

Seltersweg 79

Spezial-Fabrikation v. feinen Lederwaren

Koffer und Taschen aller Art, Lederne
Handkoffer mit und ohne Einrichtung,
Damentaschen, Besuchstaschen, Zigarren-
und Zigarettenetuis, Brieftaschen, Geld-
scheintaschen, Akten-, Musik- u. Schreib-
mappen, Schultornister

Artikel für Jagd und Sport.

Lederne Gamaschen, Rucksäcke
Fussbälle, Rodelschlitten, Tennis-
Hockeyschläger usw.

4073

Reisedecken in sehr schöner Auswahl.

Praktische Weihnachtsgeschenke



In

feinen Lederwaren

Damenhand- und Besuchstaschen
Geld-, Brief u. Zigarettenetuis
Portemonnaies empfiehlt

W. Link, Herborn, Hauptstr. 15

Lehrling

für kaufm. Büro für sofort gesucht.
Bewerbungen mit Lebenslauf unter Nr. 4106
die Geschäftsstelle ds. Bl.

Schlosser, Kesselschmiede
Zusteller, Nieter,
Schweißer und Schweißerinnen

stellen sofort ein gegen guten Lohn und für dauernde
Arbeit.

Gebr. Achenbach, G. m. b. H.,
Weidenau-Sieg.